



**Restaurant Rössli**  
Weissbadstr. 25, 9050 Appenzell, Tel. 071 787 13 55  
**Wildspezialitäten**  
aus hiesiger Jagd

**bedruckte Couverts...**  
Top Qualität, schnell, günstig



Ihre Farbdruckerei in Appenzell  
**DRUCKEREI APPENZELLER VOLKSFREUND**

# APPENZELLER VOLKSFREUND

OBeregger Anzeiger  
Innerrhoder Zeitung / Amtliches Publikationsorgan



Seite 3

## Schauabend

Der Schauabend ist der gesellige Abschluss jeder Viehschau. Mit Stolz und Freude kommen die Bauern und Sennen nochmals zusammen, nachdem sie ihr Vieh heimgebracht haben.

Seite 5

## Uraufführung

Das Theaterstück «Der Fahnder» war angekündigt worden als eines von der deftigen Sorte, als Farce. Der Autor sei ein Innerrhoder, hiess es, doch (fast) niemand weiss, wer sich hinter dem Pseudonym Emil A. Engel verbirgt.

Seite 8

## Schlagabtausch

In der dringlichen Debatte zum Fall Roschacher/Blocher hat sich der Nationalrat einen heftigen Schlagabtausch geliefert. Die SVP nahm Lucrezia Meier-Schatz ins Visier, SP und Grüne schossen gegen Bundesrat Blocher.

Seite 9

## Liberias Hoffnung

Auf ihren Schultern lasten gewaltige Erwartungen. Ellen Johnson-Sirleaf ist Präsidentin von Liberia und die erste gewählte Staatschefin Afrikas. Sie muss ein von 14 Jahren Bürgerkrieg verwüstetes und völlig verarmtes Land wieder aufrichten.



## Wer ist die Schönste im Land?

Ziegenschau in Appenzell: An die 380 Ziegen sind am Mittwoch auf dem Brauereiplatz zu einer Art Schönheitswettbewerb angetreten. Wie am Vortag schon die Kühe wurden die Gitzi, Erst-, Zweit und Drittmelk-Geissen vornehmlich nach ihrem Äusseren bewertet. Die Experten beurteilten Format und Tiefe, Fundament, Euter und Zitzen. Manch eine Ziege musste ein paar Schritte vor den kritischen Augen der Preisrichter tun,

bevor sie ihrem Rang entsprechend an der Latte eingereiht wurde. Eine gute Geiss sollte aber nicht nur schön sondern auch leistungswillig sein. Auch die Ziegenzüchter erhalten eine kleine Prämie. Schau-Aktuar Hans Brülisauer stellte eine Zunahme an aufgefahrenen Tieren fest. «Ziegen liegen im Trend» weiss er. Die Zucht der Appenzeller Ziege wird von Pro Specie Rara gefördert. (Bild: Monica Dörig)

## «Stiftung YLENIA» ist gegründet

Charlotte Lenhard hat am Dienstag, 2. Oktober, in Appenzell die «Stiftung YLENIA», eine Stiftung zugunsten von Kindern in Not, errichtet. Bereits vor Errichtung der Stiftung gingen namhafte Beträge ein. Weitere Zuwendungen wurden zugesichert.

(Rk) Laut Mitteilung der Innerrhoder Ratskanzlei vom Mittwoch hat Charlotte Lenhard, Mama der am 31. Juli tragisch ums Leben gekommenen Ylenia, die angekündigte «Stiftung YLENIA» errichtet.

Die Stiftung hat den Zweck, Kinder in Not zu unterstützen. Damit soll der unbegreifliche Tod von Ylenia für Kinder in schwierigen Verhältnissen etwas Positives bewirken. Das Anfangsvermögen der Stiftung beträgt rund 36 000 Franken und soll gemäss Stiftungsurkunde durch Zuwendungen erhöht werden.

Der Stiftungsrat setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen, welche Gewähr dafür bieten, dass die Mittel zweckentsprechend verwendet werden. Charlotte Lenhard übernimmt das Präsidium, Bruno Koster, Landammann von Appenzell Innerrhoden, amtiert als Vizepräsident. Weitere Mitglieder sind Philipp Lenhard, der Bruder der Mutter und Pate

von Ylenia, Gabriela Allenspach, Patin von Ylenia, und Bruno Hörler, Rechtsanwalt.

Der Stiftungsrat schafft ein Reglement, worin festgelegt wird, nach welchen Richtlinien die Mittel der Stiftung zu verwenden sind. Er wird die Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Stiftung in geeigneter Form informieren, damit die Spender Aufschluss über die Mittelverwendung erhalten.

Um den Zweck nachhaltig zu verfolgen, sollte die Stiftung über weitere Mittel verfügen. Aus diesem Grund bittet der Stiftungsrat die Bevölkerung und auch Institutionen ihrer Anteilnahme am tragischen Tod von Ylenia Lenhard durch eine Zuwendung an die Stiftung Ausdrück zu verleihen. Dieses unheimliche Verbrechen soll zu mindest für notleidende Kinder etwas Gutes bewirken. Damit kann aus der vollkommen sinnlosen und unverständlichen Tat eines Mörders für die Zukunft etwas Sinnvolles entstehen. Die Stiftung soll die Offenheit und Zuversicht, welche Ylenia in ihrem kurzen Leben ausstrahlte, widerspiegeln.

Zuwendungen werden erbeten auf das PC-Konto 85-120000-0. Der Stiftungsrat bedankt sich bei allen Spendern herzlich.

## In Kürze

**Rote Moschee wieder eröffnet:** Knapp drei Monate nach dem blutigen Sturm auf die Rote Moschee in Pakistans Hauptstadt Islamabad ist das Gebäude wieder eröffnet worden. Rund 5000 gläubige Moslems haben sich versammelt, um eine elektronische aufgezeichnete Botschaft des inhaftierten früheren geistlichen Leiters der Moschee, Abdul Aziz, anzuhören.

**Kampf gegen Strassenlärm:** Entlang von rund einem Viertel aller Schweizer Strassen ist der Lärm eingedämmt worden. Seit dem Jahr 1985 wurde dafür rund eine Milliarde Franken investiert. Bis 2018 sind weitere 3 Milliarden Franken nötig.

**Gazprom droht Ukraine:** Der russische Energiekonzern Gazprom hat der Ukraine wegen ausstehender Zahlungen mit einer Drosselung der Erdgaslieferungen gedroht. Gazprom fordert von der Ukraine die Begleichung von Zahlungsrückständen in Höhe von rund 1,3 Milliarden Dollar. Kürzungen der Gaslieferungen könnten auch die Versorgung Westeuropas in Mitleidenschaft ziehen.

**Rekurs wegen Genweizen:** Im waadtländischen Pully haben sieben Personen gegen einen Freisetzungsvorschlag von gentechnisch verändertem Weizen Rekurs eingelegt. Nun muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden, ob die Forscher den geplanten Versuch durchführen dürfen. Die Einsprecher wollen mit ihren Rekursen den Verzicht auf das Experiment erzwingen. Aus ihrer Sicht ist die Sicherheit nicht gewährleistet.

## «Steuerdialog»: Klärung oder konkrete Resultate?

Ein Dialog über die Kritik der EU an gewissen kantonalen Unternehmenssteuerprivilegien beginnt Mitte November. Für Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey geht es dabei primär um Klärung, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso erwartet Resultate.

(sda) Nach seinem Arbeitssessen mit Calmy-Rey betonte Barroso am Dienstag in Brüssel zudem einmal mehr, es gehe um eine wichtige Frage. «Ohne Zweifel wird es da Resultate geben», sagte er. Diese Frage werde aber nicht die gesamten bilateralen Beziehungen «kontaminieren».

### «Wir diskriminieren nicht»

Die Frage, weshalb man gegen die Schweiz vorgehe, obgleich es auch innerhalb der EU ähnliche Besteuerungsprivilegien für Holdings gebe, liess Barroso nicht gelten. «Wir diskriminieren nicht», betonte er. Sollte es

solche Praktiken innerhalb der EU geben, dann gehe die EU-Kommission dagegen vor.

### «Dialog» ab 12. November

Calmy-Rey verwies auf die rund 120 bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Auch sie unterstrich, dass die unterschiedlichen Positionen im Steuerstreit nicht alles in Frage stellten. Beide sprachen zudem von «Dialog», das Wort «Verhandlungen» wurde nicht genannt. Wie das Eidg. Finanzdepartement auf Anfrage präziserte, wird ein erstes Treffen am 12. November in Bern stattfinden. Dabei handelt es sich um Gespräche auf Expertenebene, wie EFD-Sprecher Dieter Leutwyler sagte.

### Enge Beziehungen

Beim über einstündigen Treffen zwischen José Manuel Barroso und Micheline Calmy-Rey wurde allgemein über die bilateralen Beziehungen gesprochen. Beide betonten vor den Medien die Enge der Beziehungen.

## Englisch als erste Fremdsprache erlaubt

(AP) Das neue Sprachengesetz ist auf der Zielgeraden. Der Ständerat ist dem Kompromissvorschlag des Nationalrats gefolgt und mit einer Bestimmung im Gesetz einverstanden, die Kenntnisse nach der obligatorischen Schulpflicht in zwei Fremdsprachen verlangt, davon eine Landessprache. Eine kleine Differenz bleibt noch. Die höchst umstrittene Frage, ob den Kantonen vorgeschrieben werden soll, eine Landessprache als erste Fremdsprache in der Schule zu unterrichten, war nach dem Einlenken des Nationalrats entschieden. Nun ging es im Ständerat noch um die Bestimmung, die der Nationalrat kompromissshalber ins Gesetz geschrieben hat. Sie verlangt den Einsatz von Bund und Kantonen für Kenntnisse in zwei Fremdsprachen am Ende der obligatorischen Schulpflicht, wobei eine Fremdsprache eine Landessprache sein soll. Die Reihenfolge soll aber offen bleiben. Einige Deutschschweizer Kantone haben sich bereits für Englisch als erste Fremdsprache entschieden.

## Elektronischer Reisepass für Vielflieger?

Im Kampf gegen Terrorismus und illegale Einwanderung setzt EU-Kommissar Franco Frattini auf eine umfassende Nutzung biometrischer Daten.

Barbara Schäder (AP)

Beim EU-Innenministertreffen in Lissabon forderte Frattini am Montag ein «Ein- und Ausreiseregister, in dem die biometrischen Daten von Nicht-EU-Bürgern elektronisch gespeichert werden». Darüber hinaus soll EU-Bürgern eine Art Schnell-Identifizierung mittels biometrischer Daten auf freiwilliger Basis angeboten werden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble begrüsst die Vorschläge.

### Nicht-EU-Bürger

Ein Zentralregister zur Erfassung der Ein- und Ausreise von Nicht-EU-Bürgern bietet die Möglichkeit, «grössere Fälschungssicherheit, also sicke-

tere Identifizierung mit schnellerem Ablauf der Kontrollen zu verbinden», sagte Schäuble.

### Auf freiwilliger Basis

Auch ein elektronisches Reisedokument auf freiwilliger Basis sei sinnvoll, sagte der Bundesinnenminister und verwies auf ein laufendes Modellprojekt am Flughafen Frankfurt, bei dem Passagiere mittels Iris-Scan identifiziert werden. Es gehe um die Möglichkeit, «Passagieren, die viel fliegen, anzubieten, dass sie schneller die Kontrollen passieren können», sagte Schäuble. Frattini erklärte, am Londoner Flughafen Heathrow hätten sich bereits 100 000 Reisende für die Iris-Erkennung registriert.

### Zeit für andere Passagiere

Der gastgebende portugiesische Innenminister Rui Pereira machte indes deutlich, dass ein freiwilliges elektronisches Reisedokument auch strengere Kontrollen für andere Passagiere mit sich bringen kann.